

Mehr Frauen den Weg in den Arbeitsmarkt ermöglichen –

Fachleute diskutieren mit Landtagsabgeordneten, was es braucht, damit mehr Hartz-IV-Empfängerinnen den Schritt aus der Arbeitslosigkeit schaffen

Mehr als 100 Fachfrauen und -männer aus den hessischen Jobcentern, den Arbeitsagenturen und den Sozial- und Bildungsträgern trafen sich am Dienstag im Johanniter-Hotel in Butzbach, um sich die Situation von Frauen, die Hartz IV beziehen, genauer anzuschauen.

Auch im Jahr 2019 ist der Auftrag des Gesetzgebers, den geschlechtsspezifischen Nachteilen von Frauen entgegenzuwirken, noch nicht erfüllt, das machte Dörte Ahrens, Referatsleiterin im Hessischen Sozialministerium zu Beginn der Tagung deutlich. Frauen, die Hartz IV beziehen, werden erheblich seltener durch Bildungs- und Aktivierungsmaßnahmen gefördert als Männer. Im Jahr 2018 waren in Hessen nur 41 Prozent der Teilnehmenden an Aktivierungsmaßnahmen Frauen, während sie 51 Prozent der Hartz-IV-Empfänger insgesamt ausmachten.

Die sozialpolitischen Rahmenbedingungen müssen verbessert werden, forderten die Fachleute der Sozial- und Bildungsträger der LAG Arbeit in Hessen in der Diskussion mit den hessischen Landtagsabgeordneten. Möchte eine Frau mit Kind an einer Weiterbildungsmaßnahme teilnehmen, scheidet sie nicht selten daran, dass kein Kita-Platz zur Verfügung steht, weil die knappen Plätze an berufstätige Eltern vergeben werden. Noch schwieriger wird es, wenn die Kinder in die Schule kommen, dann sind auch Ferienzeiten, etc. abzudecken. Viele Dienstleistungsberufe in denen Fachkräftemangel herrscht, Pflegeberufe, etc. haben Arbeitszeiten, die sich schlecht mit einem starren Betreuungsangebot bewältigen lassen.

Manuela Strube, SPD-Landtagsabgeordnete aus Kassel nahm diese Punkte auf und kritisierte den Pakt für den Nachmittag der hessischen Landesregierung. Es brauche eine echte Ganztagschule, mit Bildungsangeboten am Nachmittag, die Eltern auch keine zusätzlichen Betreuungskosten verursacht. Claudia Ravensburg dagegen, Frauenpolitische Sprecherin der CDU im hessischen Landtag, stellte heraus, dass man sich gemeinsam mit den Kommunen im Pakt für den Nachmittag auf einen sehr guten Weg gemacht habe. Christiane Böhm, Sozialpolitische Sprecherin der Linken im hessischen Landtag kritisierte die unzureichende Finanzierung der Jobcenter, die in den letzten Jahren dazu geführt habe, dass ein Teil der Gelder, die eigentlich für Aktivierungsmaßnahmen für Arbeitslose vorgesehen seien, in die Verwaltung der Jobcenter geflossen sei.

Dr. Cordula Zabel und Dr. Tanja Fendel, beide wissenschaftliche Mitarbeiterinnen am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit belegten in ihren Vorträgen, dass Frauen in diversen Familienkonstellationen nicht ausreichend Unterstützung durch die Jobcenter erhalten. Die LAG Arbeit in Hessen fordert deshalb, dass die vielen Frauen, die Erziehungs- und Pflegeaufgaben in der Familie übernehmen, früher und intensiver durch die Jobcenter beraten werden und fordert die Träger auf, mehr passgenaue Qualifizierungsangebote für Frauen zu entwickeln.